



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hamburgs und Bremens Eintritt in die deutsche Zolllinie.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Hamburgs und Bremens Eintritt in die deutsche Zolllinie.

Mit dem Jahre 1854 traten bekanntlich Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, die Länder des frühern Steuervereins, dem Zollvereine bei. Dadurch sah sich Bremen rings von Zollschranken umgeben, die im Durchschnitt beträchtlich höher waren als die bis dahin vorhandenen. Infolge dessen kam die Frage, ob Bremen nicht besser thue, sich ebenfalls dem Zollverein anzuschließen, im Schoße der dortigen Bevölkerung zu lebhafter und leidenschaftlicher Erörterung. Die Börse erklärte sich mit vereinzelt Ausnahmen dagegen; große und kleine Gewerbetreibende waren größtentheils dafür. Der damalige Redacteur des Bremer Handelsblatts, Dr. R. Andree, gab seine Stellung preis, um für die industriellen Interessen zu kämpfen, während in der Weserzeitung die unübertreffliche Feder des jegigen Senator Gildemeister für die Aufrechterhaltung der handelspolitischen Sonderstellung Bremens eintrat. Da die Entschließung des Hansestaates damals noch einzig und allein von ihm selbst abhing, und in der ruhigen, ja todten Zeit der ersten funfziger Jahre die Meinung der Börse Bremen unumschränkt beherrschte, so war der Ausgang leicht vorherzusehen. Die Stadt trat dem Zollverein nicht bei. Wohl aber nahm sie ein Hauptzollamt des Zollvereins und eine zollfreie Niederlage in ihre Mauern auf, welchen Einrichtungen dann die Kaufmannschaft den Abschluß gab, indem sie auf ihre Kosten ein Declarationsbureau ins Leben rief, das dem Handelsstande das weitläufige Geschäft der Verzollung abnahm, der Zollbehörde erhöhte Sicherheit für den Eingang der Zölle gewährte.

Dieser Compromiß, der Bremen gewissermaßen vertragsmäßig und völkerrechtlich, wenn auch nicht gesetzlich zu einem Freihafen des Zollvereins machte, hat im Wesentlichen alle Interessenten befriedigt. Das geht schon daraus hervor, daß der Vertrag im December 1865 zwischen den beiden Contrahenten, dem Zollverein und Bremen, fast unverändert auf weitere zwölf Jahre über den 1. Januar 1866 hinaus, d. h. also auf die neue vertragsmäßige Lebensperiode des Zollvereins, erneuert worden ist. Noch beredter zeugt für die Zweckmäßigkeit des Abkommens die überraschende Thatsache, daß — bis heute wenigstens — die seit vorigem Sommer so gründlich veränderte Lage Deutschlands nicht benutzt worden ist, um die früher mißglückte Agitation für Anschluß an den Zollverein mit besserer Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen. Im Gefolge des großen politischen Umschwungs mußte doch das handelspolitische Selbstbestimmungsrecht der Hansestädte wegfallen, und die bremer Zollvereinspartei durfte sich wohl der Hoffnung hingeben, auf dem so außerordentlich ei-

weiterten Felde der Entscheidung nicht allein eine Menge neuer Bundesgenossen, sondern geradezu das Uebergewicht zu erlangen. Allein es scheint, daß es so etwas wie eine eigentliche geschlossene Zollvereinspartei in Bremen gar nicht mehr giebt. Nicht einmal die auch dort äußerst tiefgehende Aufregung der Reichstagswahlen hat eine neue Bewegung für den Anschluß hervorgerufen. Der eine Candidat hat aus seiner dem Anschluß abgeneigten Ueberzeugung kein Hehl zu machen gebraucht; der andere ist muthmaßlich für den Anschluß, wagte ihn aber eben im Interesse seiner Wahl nicht ausdrücklich zu fordern. Wäre es anders, hätte sich eine starke und eifrige Partei im Schoße der Stadt der gestiegenen Chancen für den Zollanschluß alsbald bemächtigt, so ließe sich wohl zweifeln, ob die preußische Regierung so bereitwillig zugestanden haben würde, daß die Hansestädte sich über Eintritt in die Zolllinie oder Draußenvorbleiben nach wie vor selbständig entscheiden sollen.

Während aber in Bremen die Sache gegenwärtig ruht, hat sie in Hamburg, wo sie in den funfziger Jahren nur einen gewissen sanften Zeitungs- und Flugchriftenkrieg veranlaßte, diesmal einen heftigeren und hartnäckigeren Kampf entzündet, als selbst die Parlamentswahlen.*) Natürlich genug! Hamburg stand bisher in keinem intimeren Verhältniß zum Zollverein als etwa Dänemark oder die Schweiz. Nun aber ereignet sich in Bezug auf Hamburg, was in den funfziger Jahren Bremen widerfuhr: seine unmittelbaren Umgebungen, Schleswig-Holstein-Lauenburg und Mecklenburg, rüsten sich dem Zollverein beizutreten. Und dazu kommt die gegenwärtige allgemeine Umwälzung in Deutschland, welche Hamburg gleich allen übrigen norddeutschen Staaten die handelspolitische Autonomie kosten wird. Zwei gleich kräftige Gährungsstoffe sind hier also auf einmal in die Gemüther geworfen. Rechtlich hört die hanseatische Selbstbestimmung in Zollsachen auf, und thatsächlich ist die bisherige völlige Abschließung gegen den preußisch-deutschen Zollverband, mit andern Worten die handelspolitische Isolirung Hamburgs nicht länger haltbar. Das Zugeständniß der preußischen Regierung in ihrem Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund, nach welchem die Hansestädte auch ferner selbständig über Fortdauer oder Aufgebung ihrer Freihafenstellung entscheiden sollen, gewährt den Anhängern des Bestehenden zwar eine gewisse Beruhigung. Aber wenn der Reichstag demselben nicht beitreten sollte, so fällt eben ihm, und nicht den hanseatischen Staaten und Bürgerschaften die Entscheidung anheim. Man hat daher höchstens eine gewisse Aussicht, keine Gewißheit, daß die Frage in Hamburg und Bremen selbst zum Austrage kommen werde, statt in Berlin. Unter solchen Umständen ist der Zungen- und Federkampf, der augenblicklich in Hamburg ge-

*) Wir empfehlen Fachmännern die statistischen Zusammenstellungen von Ferd. Plate „Hamburgs Handel bei einem Anschlusse an den Zollverein“ Hamburg, December 1866 (Berlag von Otto Meißner und Behre.)

führt wird, für das übrige Deutschland ebenso wichtig wie für die Nächstbetheiligten.

Ein Geplänkel in der Presse ging dem förmlichen Ausbruch des Krieges voraus. Von den drei großen Blättern der Stadt nahmen dabei die Hamburger Nachrichten für den Eintritt in die Zolllinie Partei, die Börsenhalle und der Hamburger Correspondent gegen denselben. Gleichzeitig erließ das Commercicolleg, jetzige Handelskammer, ein Rundschreiben an zahlreiche bedeutende Häuser aller Handelszweige, um deren Gutachten über die Frage zu erlangen. Diese Gutachten fielen überwiegend zu Gunsten der bisherigen Freihafenstellung aus. Die Hamburger Nachrichten ihrerseits schienen das Feuer bald einzustellen. Allein wie 1853 in Bremen, so bildete sich nun auch in Hamburg, nur viel öffentlicher auftretend, ein förmlicher Verein für die Aufnahme der Stadt Hamburg sammt ihrem Hafen in die allgemeine deutsche Zolllinie. Diesem Verein gegenüber erklärte der weit überwiegende Theil der Börse durch Unterschrift, er halte an der Nothwendigkeit der Freihafenstellung fest. *) Die Auswahl der Parlamentscandidaten der Börsepartei und des mit ihr gehenden Theils der demokratischen entsprach diesem Glaubensbekenntniß in der augenblicklich brennendsten Tagesfrage, während die Gegenpartei ebenfalls Männer ihrer Richtung als Candidaten aufstellte. Bevor diese Zeilen zum Drucke gelangen, wird die Mehrheitsprobe zwischen beiden Parteien entschieden haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die große Mehrzahl des Handelsstandes im Augenblicke noch unbedingot gegen den Eintritt in die Zolllinie ist. Auf der anderen Seite freilich verräth Professor Megidis Aufstellung durch die Anschlußfreunde, daß unter den letzteren recht einsichtsvolle, unbefangene und wohlgesinnte Gelehrte sind; ja sogar noch eigentlichere Sachkenner als der genannte vortreffliche Mann beurtheilen die Gefahren des Eintritts viel minder ungünstig, als die Börse im Allgemeinen thut. Aber noch halten diese vor allen berufenen Stimmen ihr Urtheil vorsichtig zurück!

Ganz das alte negative Verhältniß scheint übrigens niemand mehr aufrechterhalten zu wollen. Das Ideal der Freihafenmänner ist ein Vertrag, wie er in Bremen nun seit Jahren zur Zufriedenheit aller oder jedenfalls beinahe aller Interessenten besteht. Ohne ein Hauptzollamt, eine zollfreie Niederlage und ein Declarationsbureau glauben auch diejenigen, welche den Zollverein wie einen Feind anzusehen gewohnt sind, nicht länger auskommen zu können. Danach würde denn auch Hamburg ein Freihafen des Zollvereins werden, wie es Bremen bereits ist; aber freilich nicht, wie Bremen bis jetzt, kraft eines nur auf bestimmte Zeit geschlossenen völkerrechtlichen Vertrages, sondern, wie Bremen ebenfalls in Zukunft, kraft einer gesetzlichen Feststellung des norddeutschen Bundes,

*) Das Flugblatt enthält gegen 1400 Namen.

bezüglich des deutschen Zollvereins, und folglich bloß so lange, wie es den gesetzgebenden Gewalten dieses Körpers nicht etwa anders beliebt.

Einer Vertagung der Angelegenheit wird sich voraussichtlich auch der Reichstag nicht entziehen können, mag er nun den Hansestädten zu Liebe auf ein Stück seiner Competenz verzichten oder nicht. Wäre er in seiner Mehrheit bereits entschlossen, Hamburg und Bremen Freihäfen bleiben zu lassen, so hätte die Mehrheit keinen praktischen Grund, überhaupt irgendeinen bestimmten Beschluß in der Sache selbst zu fassen; er könnte es nur einfach lassen wie es ist, und abwarten, was die Zukunft bringt. Wäre die Mehrheit aber umgekehrt der hanseatischen Sonderstellung entgegen, so würde sie doch wohl eine gründliche Untersuchung an Ort und Stelle, eine parlamentarische Enquete nach Art der englischen dem Spruche vorausgehen lassen wollen; oder wenn selbst das nicht, so müßten, bevor die Zolllinie die beiden Städte in sich aufnehmen könnte, die Docks gebaut sein, ohne welche kein Mensch den Hansestädten den Uebergang zu gleichem Recht mit allen übrigen Seehandelsplätzen ansinnt.

Eine Vertagung hat aber einen noch viel stärkeren Grund für sich: die begründete Hoffnung, daß binnen einer nicht zu langen Reihe von Jahren eine alle Interessen versöhnende, alle Parteien befriedigende Lösung beinahe von selbst sich herausstellen werde. Schon von dem ersten volkswirtschaftlichen Congresse datirt in Deutschland das Bestreben praktischer Fortschrittsmänner, den Tarif des Zollvereins den Positionen nach zu reduciren. Einige wenige Artikel, der sechste oder achte Theil der überhaupt besteuerten, liefern die große Masse der Zolleinnahmen. Lasse man außer Kaffee, Zucker, Tabak, Wein, Wollen-, Baumwollenwaaren und ein paar andern Gegenständen massenhaften Verbrauchs, alle übrigen Artikel frei von Zoll, so würde sich der Ertrag nur um ein paar Procent verringern, und auf der andern Seite würden voraussichtlich mehr oder minder entsprechend die Erhebungskosten sinken. Der Handel aber erhält damit eine Erleichterung, die nicht hoch genug anzuschlagen ist. Diese Art von Tarifreform muß fortan, da jetzt die Zollvereinsgesetzgebung eine stetige Beweglichkeit erlangt hat, anstatt nur aller zwölf Jahre einmal durch lebensgefährliche Krisen fortzuschreiten, das Augenmerk nicht nur der Freihändler, sondern auch der Finanzmänner Deutschlands sein. Der Handelsstand der preussischen Seehäfen hat sie seinerseits bereits ins Auge gefaßt. Die Hansestädte aber würden sich einer solchen Politik und Agitation nicht eifrig genug anschließen können, denn der Erfolg derselben würde ihnen gestatten, auf ihre Sonderstellung zu verzichten ohne gleichzeitige Gefahr für den vollen bisherigen Antheil am Welthandel. Nicht allein, daß der daraus hervorgehende allgemeine Aufschwung des Handels sie über die Unbequemlichkeiten durchgängiger Verzollung eher hinwegheben würde; auch die Verlegung ihres außerdeutschen Handels in die Docks wird minder schwierig und bedenklich, wenn sie sich nur auf eine kleine Zahl

noch zollpflichtiger Artikel bezieht. Und da ihre Vertreter nun ja Sitz und Stimme bei den Berathungen erlangen, welche über die deutsche Zollgesetzgebung entscheiden, so wäre zu wünschen, daß sie statt bloßer passiver Abwehr von Angriffen auf die Freihafenstellung ihrer Plätze, die auf die Dauer mißlingen möchte, vielmehr alle ihre Energie und Einsicht auf das Ziel einer durchgreifenden Tarifiereduction richteten, weil dies auch die Hansestädte bestimmen könnte, ihren altererbten und sicher bisher nicht mißbrauchten Vorrechten vor anderen deutschen Seehandelsplätzen bereitwillig zu entsagen. —

Seitdem Vorstehendes geschrieben wurde, haben die Parlamentswahlen stattgefunden. Sie sind in Hamburg zu einem Massenprotest gegen den Eintritt in die Zolllinie ausgeschlagen. Die Anschließpartei hatte zwei untadelige Namen aufgestellt, den Kaufmann Woermann und den Professor Meqidi, aber keiner der beiden hat es auf viel mehr als ein halbes Tausend Stimmen gebracht. Wir möchten daher auch durchaus nicht annehmen, Preußenfreundlichkeit oder entschieden nationale Gesinnung sei bei diesem Wahlaact gleichbedeutend gewesen mit Parteinahme für den Eintritt in den Zollverband. In Bremen findet der letztere reichlich ebensowenig Anklang als in Hamburg, und doch wäre es lächerlich, der Stadt Bremen und ihrem Reichstagsvertreter Preußenfreundlichkeit oder entschieden nationale Gesinnung abzusprechen, sowohl im Allgemeinen als im Gegensatz zu dem dort unterlegenen Gegencandidaten. Wir wollen daher die Herren Sloman, de Chapeaurouge und Néé (trotz ihrer merkwürdigerweise durchgehends ausländischen Namen) so wenig wie Consul H. H. Meier aus Bremen von vornherein als Particularisten, als Gegner des vom Grafen Bismarck unternommenen nationalen Einheitswerks betrachten, sondern hoffen, daß sie mit dem bremer und mit dem lübecker Abgeordneten ihren Platz innerhalb der Bänke der patriotischen Liberalen suchen werden. Es ist den Hamburgern dieser Tage von Berlin her mit Recht zu Gemüthe geführt worden, daß ihr Gemeinwesen fortan auf den guten Willen der preußischen Regierung noch etwas mehr angewiesen sei als die übrigen Kleinstaaten, daß es bevorzugt und bevorrechtet, aber schwach, folglich zu einer besonders rücksichtsvollen und umsichtigen Haltung verbunden sei. Mögen sie sich durch das Schicksal Frankfurts warnen lassen, damit eine nächste Katastrophe sie nicht mit ähnlichem Blitzstrahl treffe! Gegenwärtig ist man in Berlin für die Hansestädte überhaupt noch eines aufrichtigen und einsichtigen Wohlwollens augenscheinlich voll. Von Hamburg hauptsächlich wird es abhängen, ob dieses Wohlwollen in Bezug auf alle drei Städte, oder in Bezug auf Hamburg allein wenigstens kalter und rücksichtsloser Gleichgiltigkeit Platz machen soll, — und Hamburg verkörpert sich jetzt zunächst in seinen drei Abgeordneten zum Parlament.